Landkreis Lüchow-Dannenberg

Protokoll

4. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität
vom 01.09.2022, Lüchow (Wendland), Gildehaus, kleiner Saal

Tagesordnung: Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	
1.	Genehmigung des Protokolls der 3. Ausschusssitzung vom 13.06.2022	
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3.	Freiflächen-PV-Anlagen planungsrechtliche Grundlagen und aktueller Sachstand (mdl. Bericht)	
4.	Errichtung einer PV-Anlage auf dem Dach der Sporthalle der KGS Clenze	2022/305
5.	Diskussion alternativer Vorschläge zum KA Beschluss 2022/237 Förderprogramm Steckersolargeräte	2022/308
6.	Förderung von Bussen mit klimafreundlichen, alternativen Antrieben im Personenverkehr	2022/301
7.	Sachstandsbericht ÖPNV-Modellprojekt „Clever MoWe“ (mündlicher Bericht)	
8.	Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen	
8.1.	Einführung eines 365-Euro-Tickets	2022/282
8.2.	Vorsorgliche Mitteilung über überplanmäßige Aufwendungen im ÖPNV	
8.3.	Auftragsvergabe eines Leasingrahmenvertrags auf Basis des TV Radleasing	2022/300
8.4.	Anfrage des KTA Beckmann vom 30.06.2022: Sperrung des Radweges auf dem Deich zwischen Landsatz und Jasebeck	2022/312
8.5.	Anfrage der Fraktion Bündnis90/die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.08.2022: Elberadweg Hitzacker-Wussegel	2022/318
8.6.	Anfrage der Fraktion Bündnis90/die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.08.2022: Energieeinsparmaßnahmen	2022/319

Nicht öffentlicher Teil

9. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:
KTA Beckmann, Uwe
KTA Carmienke, Christian
KTA Flöter, Anja
KTA Goebel, Dietmar
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Tzscheutschler, Joachim
KTA Walter, Guido stellv. Vorsitzender
KTA Wiehler, Julie Vorsitzende
KTA Zieker, Julia
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
beratendes Mitglied Busse, Michel
Beratendes Mitglied Ließ, Roland
Seniorenbeirat Dannenberg, Manfred R.
Landrätin Schulz, Dagmar
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Weidner, Vanessa, Protokollführung
Harlfinger-Düpow, Mareike, Fachdienstleitung Klimaschutz und Mobilität
Dittmer, Franziska - Fachdienst Klimaschutz und Mobilität
Drazewski, Dirk - Pressestelle Büro der Landrätin
Roux, Juliane - Fachdienst Klimaschutz und Mobilität

Es fehlen:

KTA Wiegreffe, Wolfgang	entschuldigt
beratendes Mitglied Berner, Emma	entschuldigt
beratendes Mitglied Szorec, Gregor	entschuldigt

Beginn:	14:00 Uhr	**Ende:**	16:59 Uhr
		nichtöffentlicher Teil:	- Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende Wiehler begrüßt zum Fachausschuss Klima und Mobilität und eröffnet die 4. öffentliche Sitzung um 14:00 Uhr mit dem Hinweis auf die Podiumsdiskussion in Seerau zu den Agri-PV-Möglichkeiten um 16:30 Uhr.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden ohne weitere Einwände festgestellt. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt, es gibt keine weiteren Anmerkungen.

1. Genehmigung des Protokolls der 3. Ausschusssitzung vom 13.06.2022

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll der 3. Ausschusssitzung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Bernd Rübsam-Wassong aus Bahrendorf meldet sich zu Wort mit einer Frage zu Radwegen. Er möchte wissen, ob aus dem Kreis Einfluss genommen werden kann, auf der Landesstraße von Barendorf nach Neu Darchau Tempo 70 einzurichten, um mehr Sicherheit für Radfahrer:innen auf der Strecke zu schaffen, da dort kein Radweg vorhanden ist.

Herr Rübsam-Wassong merkt weiterhin an, dass bei starkem Regenfall in der Region Hitzacker die Empfehlung für Radfahrer:innen gilt, über Drethem zu fahren, wo durch einen Schotterweg Gefahrenpotenzial durch Steine vorherrsche.
Vor längerer Zeit hätte es die Idee gegeben, eine Kreisfahrradstraße von Hitzacker nach Drethem zu errichten. Dadurch würde ein Neubau eines Radweges gespart und lediglich in Schilder investiert werden müssen. Zudem würde auch für Touristen eine interessante Radroute geschaffen werden. Zudem merkt er den Abschnitt Wussegel an, der ebenfalls dort integriert werden könnte.

KBDin Stellmann antwortet zur Landesstraße Bahrendorf, dass es eine Planungsrunde gäbe, wo der Landkreis Prioritäten festlegen könne, die auf die Tagesordnung kommen. Der angesprochene Fall Barendorf sei dort bereits vermerkt. Die Einrichtung von Tempo 70 sei immer Sache der Gefahrenlage der Strecke. Frau Stellmann sagt zu, dass diese Straße bei der nächsten Verkehrsunfallkommission beschaut werde.

Zur Anfrage der Kreisstraße bei Drethem antwortet **KBDin Stellmann**, dass die Strecke bereits im Ausschuss abgefahren wurde und die touristische Beschilderung in Hand des Naturparkes sei. Die Idee der Errichtung einer Fahrradstraße zwischen Hitzacker und Drethem hätte es auch bereits gegeben, war jedoch bisher noch kein politisches Thema. **KBDin Stellmann** weist auf die neue Radverkehrskoordinatoren-Stelle im Fachdienst Klimaschutz und Mobilität hin, die im Radverkehrskonzept solche Themen behandeln werde. Weitere Kenntnisse und Ergebnisse hierzu sollen dann im Ausschuss vorgelegt und geprüft werden.

KTA Goebel äußert, dass er den Einwand gut fände, da Hitzacker sich als Fahrradstadt bezeichne, jedoch kein Fahrradweg aus Hitzacker herausführend vorhanden wäre.

KTA Hensel ergänzt, dass das Thema in der vergangenen Legislaturperiode vorhanden gewesen sei und als Alternative zur Landesstraße über Wietzetze die Elbuferstraße über Tießau als Fahrradstraße angedacht war. Hier war eine elbnahe Radwegeverbindung gewünscht, was jedoch ungünstig umzusetzen sei.

Vorsitzende Wiehler weist auf die gefährliche Strecke nach Wietzetze hin, die aus eigener Erfahrung nicht befahrbar sei. Sie äußert den Wunsch sowohl die Gefahrenlage als auch die mögliche Einrichtung der Elbuferstraße als Fahrradstraße im Radwegekonzept der Verwaltung mit zu berücksichtigen.

3. Freiflächen-PV-Anlagen planungsrechtliche Grundlagen und aktueller Sachstand (mdl. Bericht)

KBDin Stellmann stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation vor, da der Wunsch vorhanden war, die planungsrechtlichen Grundlagen zu dem Thema zu veranschaulichen.

KTA Flöter fragt nach, wer diese Untersuchungen der möglichen Flächen für PV-Anlagen durchführe.

KBDin Stellmann antwortet, dass dies durch ein Planungsbüro durchgeführt würde, welches auch bereits die Untersuchungen für Windkraftanlagen als Auftrag habe. Die Untersuchungen basieren auf einem Kriterienkatalog, welcher von den drei Samtgemeinden und dem Landkreis festgelegt wurde.

KTA Beckmann fragt nach, ob jede Samtgemeinde damit Anspruch auf eine Fläche von 0,47 % habe.

KBDin Stellmann antwortet, dass es theoretisch sein könnte, dass eine Samtgemeinde ohne Fläche dastehe, es werde jedoch versucht, die Flächen möglichst gerecht auf die Samtgemeinden aufzuteilen. Dies sei davon abhängig, welche Kriterien, wie zum Beispiel Schutzgebiete, die jeweiligen Samtgemeinden vorweisen.

KBDin Stellmann fährt mit der Präsentation fort.

Sie gibt die Information, dass die Fertigstellung des Gutachtens zu den Flächen bis zum Ende des Jahres erfolgen solle. Falls bei der Einzelfallprüfung zu viele Flächen herausfallen, müsse jedoch eine erneute Bearbeitungsschleife hinzukommen und der Kriterienkatalog nochmal angepasst werden. Die Ergebnisse sollen auch im zuständigen Ausschuss vorgelegt werden. Parallel werde aktuell bereits mit Anlagenbetreibern, die auf den Landkreis zukommen, gesprochen und Informationen zum Verfahren der Artenerfassung weitergegeben.

KTA Flöter fragt, über welche Fläche bei 0,47 % der Landesfläche geredet wird.

KBDin Stellmann wird die Zahl für den Landkreis im Protokoll nachreichen.
Diese ist als Anlage zum Protokoll beigefügt.

KTA Klepper hat Anmerkungen hierzu und nennt Beispiele aus anderen Ländern, wo z. B. Parkplätze oder öffentliche Gebäude für Solaranlagen genutzt werden. Daher sei es nicht nötig, auf Ackerland zu gehen. Die Frage sei, was hinter dem Anfragedruck stehe. Der zentrale Fokus solle sein, das Klimaziel zu erreichen. Daher solle man prüfen, welche Alternativen für die Erreichung dieses Ziels zur Verfügung stehen.

KTA Walter merkt an, dass immer mehr beregnet werden müsse beim Ackerbau und dadurch Alternativen her müssen für Böden mit schlechter Wasserbindungskapazität. Dieses Kriterium könne bei der Flächensuche weit nach oben gestellt werden, um diese kleineren Flächen konkurrenzfähig zu machen. Man könne zudem im Landschaftsschutzgebiet naturschutzrechtliche Belange für PV-Anlagen zurückstellen lassen.
Er kritisiert, dass durch das für Landschaftsschutzgebiete vorgesehene Verfahren zu Alternativflächen kleinere Anlagen bis 10 Hektar wenig Chancen hätten, ausgewählt zu werden, da hierfür leichter Alternativflächen zu finden sind als für große Anlagen.

KTA Carmienke erläutert, dass es viele unwirtschaftliche Flächen in Lüchow-Dannenberg gäbe, was eine Chance biete, diese Flächen zu nutzen. Es sei wichtig, zentral gemeinsam mit den Samtgemeinden zu arbeiten, um keinen Wildwuchs zu haben. Zudem muss man sich die Flächen genau angucken und die naturschutzrechtlichen Belange prüfen.

KTA Goebel fragt nach, ob in der aktuellen Prüfung der Flächen durch das Planungsbüro die Flächen aus den Landschaftsschutzgebieten inbegriffen seien.

KBDin Stellmann antwortet, dass diese im ersten Schritt außen vor seien, jedoch gegebenenfalls betrachtet werden, falls die benötigte Fläche nicht erreicht werde. Sie stellt zudem klar, dass Flächen, die bei der Standortanalyse nicht berücksichtigt werden nicht automatisch für Freiflächen-PV-Anlagen ausgeschlossen sind. Es steht jedem Interessenten frei, gleichwohl einen Antrag zu stellen.

KTA Goebel ergänzt, dass man die Landschaftsschutzgebiete ebenfalls in Betracht ziehen solle, um die Planungsfläche zu erreichen. Er verteidigt die Biogasanlage, die immer einem Fruchtwechsel unterliege. Daher bleibe sie regelbar. Für unwirtschaftliche Flächen seien die PV-Anlagen eine Chance.

KTA Hensel fügt hinzu, dass Trockenheit und Dürre immer mehr eine Rolle spielen werden und sich die

Flächen daher anbieten für anderweitige Nutzung. Er sieht die PV-Anlagen als Chance, wie auch bei Windrädern alternative Energie zu erzeugen. Der Gewinn der Einnahmen solle in der Region bleiben.

Er fragt, ob es eine Reglementierung für die Größe der PV-Flächen gäbe.

KBDin Stellmann antwortet, dass dies aktuell nicht reglementiert werden könne.

Landrätin Schulz ergänzt, dass die natürliche Regulierung das Vorhandensein von Ersatz- bzw. Ausgleichsflächen sei. Diese seien im Landkreis jedoch schwer zu finden und stellen eine Zusatzproblematik dar, die bedacht werden müsse.

Vorsitzende Wiehler erläutert, dass der erwähnte Kriterienkatalog sehr nebulös gehalten sei. Sie fragt, ob dieser öffentlich zugänglich gemacht werden könne oder dem Protokoll beigefügt werden könne. Zudem sei es noch nicht klar, dass die ausgewählten Flächen dann auch tatsächlich durch einen Anbieter bebaut werden sollen. Es solle die Bereitschaft bestehen, in die zweite Auswahlrunde zu gehen, wenn deutlich werde, dass die ausgewählten Flächen für PV-Anlagen – aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen – nicht in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus bittet Vorsitzende Wiehler darum, das Thema auch im nächsten Ausschuss als TOP dabei zu haben und über den aktuellen Status informiert zu werden.

Nachtrag zum Protokoll: Der Kriterienkatalog liegt als Anlage von FD61 bei.

KTA Beckmann erläutert, dass eine enge Absprache mit den Landwirten notwendig sei. Auch kleinere Betriebe sollen dabei mit bedacht werden, da durch die PV-Anlagen eine große Fläche für die Landwirtschaft entzogen werde. Der erzeugte Strom solle lokal verbraucht werden. Zudem weist er ebenfalls darauf hin, dass der Kriterienkatalog im Ausschuss fehle und im Protokoll beigefügt werden solle.

KTA Zieker fragt nach den Möglichkeiten der versiegelten Flächen, dort PV-Anlagen auf vorhandene Dächer zu bringen als paralleles Vorhaben.

KBDin Stellmann antwortet zunächst Herrn Beckmann, dass die Entscheidungsfreiheit, eine PV-Anlage auf der Fläche zu errichten letztlich bei dem Eigentümer liege.
Auf die Anfrage von Frau Zieker gibt sie die Empfehlung, dass Samtgemeindebürgermeister und Ratsmitglieder mit regionalen Supermärkten und Unternehmen sprechen können, um dort PV-Anlagen auf die Dächer zu bekommen. Für private Neubauten gäbe es noch keine Verpflichtung zur Errichtung von PV-Anlagen, jedoch für Neugebäude im gewerblichen Bereich. Für den kommunalen Bereich läge es in der Verantwortung des Landkreises, als Vorbild zu agieren und diese Flächen zu schaffen.

Frau Dittmer ergänzt die Problematik, die bei vielen Dächern im Landkreis die Statik für Aufdach-PV nicht ausreichend ertüchtigt oder bemessen ist. Zudem stelle der aktuelle Engpass an Handwerkern eine Hürde dar.
Allgemeines Interesse für die Errichtung von PV-Anlagen sei in der Bevölkerung sehr deutlich zu spüren.

Landrätin Schulz fügt hinzu, dass geschaut werden muss, was verbaut wird, da nach 25 Jahren Module teilweise ersetzt und entsorgt werden müssen. Daher müsse sich mit dem Abfall ebenfalls beschäftigt werden. Sie weist ebenfalls auf den vorherrschenden Personalmangel an Technikern hin.

KTA Klepper äußert, dass bei den Modulen ebenfalls die Bedingungen der Herstellung und Produktion bedacht werden müssen. Er verweist erneut auf die Notwendigkeit des Fokus auf das Klimaziel.

KTA Flöter weist auf bereits vorhandene Bürgersolarparks hin, wo sich Bürger:innen aktiv beteiligen. Dabei seien die Kriterien das A und O.

Beratendes Mitglied Ließ fragt, wie es mit der Speicherung der Energie in den Anlagen sei und ob diese mitgedacht würden.

KBDin Stellmann antwortet, dass aktuell noch keine Bauanträge vorliegen, sondern zunächst die Flächendefinition anstünde.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP 3 aus Zeitgründen und verweist auf den nächsten Ausschuss, wo es erneut behandelt werden wird.

<u>Kenntnis genommen</u>

4.	**Errichtung einer PV-Anlage auf dem Dach der Sporthalle der KGS Clenze**	2022/305

Frau Dittmer stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob vorab festgelegt werden kann, welches Anlagenmodell installiert werde.

Frau Dittmer antwortet, dass man mit dem Energiemanager sprechen könne und hierfür Kriterien aufstellen könne.

KTA Beckmann fragt, ob die 8800 Euro Einsparung über die Netzeinspeisung generiert werden.

Frau Dittmer antwortet, dass dies eingerechnet sein sollte.

Nachtrag zum Protokoll: Die finanziellen Einsparungen resultieren aus der unter Punkt a) im Sachverhalt der Sitzungsvorlage ausgeführten Variante "Eigenverbrauch und Teileinspeisung". Demnach sind in der finanziellen Einsparung die reduzierten Stromkosten durch den Eigenverbrauch und die Erträge aus der Einspeisevergütung eingerechnet.

KTA Tzscheutschler fügt hinzu, dass auf dem gesamten Schulkomplex in Clenze die PV-Anlagen aus privater Hand seien. Es sei sinnvoll, die neueren Modelle mit der vorhandenen Anlage zu kombinieren.

Frau Dittmer eruiert Angaben zu den vorhandenen Anlagen und ergänzt diese im Protokoll..

Nachtrag im Protokoll: Nach Angaben des Gebäudemanagements sind zwei Anlagen privater Investoren auf den Dächern der KGS installiert. Die erste Anlage wurde im April 2005 in Betrieb genommen (MaStR-Nr.: SEE923800131524), belegt 380 qm Dachfläche und hat eine Leistung von 36 kWp. Der Mietvertrag für die Dachfläche läuft bis zum 16.9.2029. Die zweite Anlage wurde im Juni 2010 in Betrieb genommen (MaStR-Nr.: SEE903045695395), der Mietvertrag für die Dachfläche läuft bis zum 31.12.2031. Die Anlage hat eine Leistung von 68,13 kWp (auf 450 qm Dachfläche).

Vorsitzende Wiehler liest den Beschlussvorschlag vor. Sie äußert die Bitte, den mittleren Teil zur Verwendung möglicher Restmittel zurückzustellen, im Hinblick auf TOP 5.

Landrätin Schulz schlägt vor, dass beide Varianten nach TOP 5 abgestimmt werden sollen.

Die Abstimmung zu TOP 4 wird zurückgestellt und der TOP 5 vorgezogen.

5.	**Diskussion alternativer Vorschläge zum KA Beschluss 2022/237 Förderprogramm Steckersolargeräte**	2022/308

Frau Dittmer stellt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Sie erläutert anhand eines Erfahrungsberichtes den Werdegang des Förderprogramms in einer größeren Kommune.

Vorsitzende Wiehler fragt nach der Größe der Kommune.

Frau Dittmer antwortet, dass sie die genaue Zahl nachliefere, es sich aber um eine weitaus größere Kommune mit größeren Städten und mehr Mietfläche als Lüchow-Dannenberg handele.
In Lüchow-Dannenberg sei die Durchführung momentan schwierig, vor allem aufgrund von Personalmangel. Daher gäbe es den Alternativvorschlag in der Beschlussvorlage.

*Nachtrag zum Protokoll: Die Stadt, in der ein Förderprogramm für Steckersolargeräte durchgeführt wurde hat knapp 250.000 Einwohner*innen.*

KTA Beckmann fragt, ob es sich dabei um Wohnungen in der Stadt Lüchow handele und warum die Stadt nicht selbst für die Energiesparmaßnahmen gesorgt hätte. Zudem sei es wichtig zu wissen, wie viele Wohngeldempfänger es in der Samtgemeinde gäbe, um das Geld gezielt einzusetzen und Überschneidungen zu vermeiden.

Frau Dittmer antwortet, dass es sicher teilweise zu Überschneidungen kommen kann. Jedoch sei pro Wohngebäude eine Heizungsanlage vorhanden, wodurch die Wohngeldempfänger in ganz verschiedenen Wohnungen verteilt seien.

KTA Beckmann erkundigt sich nach der Kostenübernahme für Asylbewerber. Er schlägt vor in Richtung private Unterstützung für den richtigen Personenkreis zu gehen und diesen ausfindig zu machen, um dann in

Richtung Stecker-PV-Geräte für Mietwohnungen zu gehen, welche man bei Auszug zurücknehmen könne.

KTA Allgayer-Reetze äußert, dass der hydraulische Abgleich verpflichtend für Vermieter sei, weshalb eine Förderung, von der Mieter etwas haben, nicht notwendig sei.

Frau Dittmer antwortet, dass dazu zwei Bundes-Verordnungen auf den Weg gebracht worden seien. Eine für kurzfristige Maßnahmen und eine für mittelfristrige Maßnahmen. Dafür gäbe es eine Frist von 1-2 Jahren für Vermieter, den hydraulischen Abgleich in dieser Zeit umzusetzen. Damit wäre dieser Winter nicht berücksichtigt, weshalb es wichtig sei, jetzt tätig zu werden.

KTA Carmienke erläutert, dass es wichtig sei, sich heute auf einen Weg zu begeben, der einfach machbar sei. Ein hoher Verwaltungsaufwand solle vermieden und die Antragsstellung vereinfacht werden. Es solle in den kommunalen Wohnungsbereich gegangen werden.

KTA Walter fragt sich, warum diese Energieeinsparmaßnahmen nicht als laufende Tätigkeit in der Verwaltung gesehen würden und diese für ihn keine freiwillige Aufgabe seien. Die Mittel seien ursprünglich für Unternehmen und Privatpersonen vorgesehen.

Frau Dittmer antwortet, dass die Mittel für Unternehmen ein anderer Fonds (GWBF-Mittel) seien und es bisher keine Pflicht sei, den hydraulischen Abgleich durchzuführen. Sie stimmt zu, dass schon früher etwas hätte passieren müssen, deshalb müsse man jetzt für diesen Winter handeln.

KTA Zieker fügt hinzu, dass eventuell bei Antragsstellung etwas vermischt würde, da im ursprünglichen Antrag nicht der Ansatz war, finanzschwache Haushalte zu unterstützen, da dies nicht in der Zuständigkeit des Ausschusses Klima & Mobilität läge. Es ginge um Privathaushalte mit mittlerem Einkommen. Es müssten nicht zwingend Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden.

Vorsitzende Wiehler ergänzt, dass die Idee war, im Rahmen des Klimaschutzes Direktmaßnahmen für Bürger:innen anzubieten. Sie sieht den Grund, dass die Maßnahmen noch nicht durchgeführt wurden, eher als ein organisatorisches als ein finanzielles Problem, da in den Kommunen Mittel durch Förderungen oder Rücklagen hierfür vorhanden sein sollten. Daher sei es schwierig zu sagen, dass dies von den freiwilligen Leistungen abhängig sei, da man Kommunen Aufgaben gäbe, die sie sowieso erledigen müssten.

Frau Dittmer antwortet, dass die Kommune diese Aufgaben diesen Winter nicht machen müsse. Es gibt eine Durchführungsfrist bis 2025. Durch die Förderung würde die Motivation und Bemühung steigen, die Maßnahmen diesen Winter durchzuführen.

KTA Flöter äußert, dass der Alternativvorschlag gut sei. Es sei jedoch die Frage, wofür die freiwilligen Mittel ausgegeben werden sollen und ob die Kommunen sich nicht selbst um diese Maßnahmen kümmern sollten.

Frau Dittmer fügt hinzu, dass die Bemühung der Kommunen steigen würde, wenn die Gelder zur Verfügung stünden.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, einen Zusatz in den Beschluss mit aufzunehmen, in dem für die Mittelvergabe vorausgesetzt wird, dass eine Sicherstellung der Durchführung der Maßnahmen noch in diesem Winter erfolgt. Sie lässt über den Vorschlag abstimmen.

Dem Beschlussvorschlag wird, wie folgt, geändert.

Der Kreistag beschließt als direkten Beitrag zum Klimaschutz im Zuge der Energiekrise den kreisangehörigen Kommunen für die Durchführung von Energiesparmaßnahmen im kommunalen Wohnungsbestand maximal 55.000 € durch eine Zuweisung zur Verfügung zu stellen, *vorbehaltlich der Vorlage eines Nachweises der Kommunen über die Umsetzung dieser Maßnahmen im Winter 2022/2023.*

Die kommunalen Träger entscheiden eigenständig über die genaue Verwendung und Art der Maßnahmen, da diese spezifisch auf den Gebäudebestand und die Heizungsanlagen angepasst werden müssen. Vorrangig sollen die Maßnahmen zur Einsparung fossiler Energien (v.a. Erdgas) in der Wärmeerzeugung dienen.

Zudem werden dem FD 57 (Soziales und Wirtschaftliche Hilfen) max. 7.400 € für die Durchführung von geringinvestiven Energiesparmaßnahmen in angemieteten Wohnungen für Asylbewerber zur Verfügung gestellt.

Die Verwendung der Mittel soll im Jahr 2023 nachgewiesen und in einem kurzen schriftlichen Bericht (ca. 1-2 DIN-A4 Seiten) für den Fachausschuss Klima und Mobilität dargelegt werden.

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Sodann erfolgte die Abstimmung über TOP 4:

Für die Planung und Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Sporthalle der KGS Clenze mit insgesamt rund 70 Kilowatt-Peak (kWp) Leistung werden im laufenden Haushalt 200.000 EUR außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Mögliche Restmittel sollen für die Planung und den Bau weiterer Photovoltaik-Anlagen auf anderen Kreisliegenschaften ins Haushaltsjahr 2023 übertragen werden.

Die Deckung erfolgt aus dem Ansatz für Planungskosten für den Neubau des Straßenverkehrsamtes. Der dazu erlassene Sperrvermerk wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

6.	**Förderung von Bussen mit klimafreundlichen, alternativen Antrieben im Personenverkehr**	2022/301

Die neue **Projektleitung Sarah Frahm** stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation vor.

KTA Carmienke fragt nach der Laufleistung von Elektrobussen.

Projektleitung Frahm antwortet, dass dies nicht verlässlich zu sagen sei. Die Batterieleistung sei der Knackpunkt. Pro Lebenszyklus würde ein Batteriepack erneuert werden müssen. Insgesamt fehle hier aber noch die Erfahrung.

KTA Allgayer-Reetze erkundigt sich nach den Kosten für ein Batteriepack.

Projektleitung Frahm antwortet, dass dies recherchiert und nachgereicht würde für das Protokoll.

Nachtrag zum Protokoll: Die Kosten für einen kompletten Satz neuer Batterien liegen bei ca. 20.000€
Ein Leasing ist möglich, jedoch wird die Rate entsprechend Ausstattung etc. bei einer konkreten Anfrage berechnet. Daher keine finale Gegenüberstellung.

KTA Carmienke erläutert, dass Wasserstoff als Antriebsmöglichkeit in 10 Jahren interessanter sei. Mit grünem Wasserstoff sei dies auch in Zukunft für Busse interessanter.

KTA Walter verlässt die Sitzung um 15:48 Uhr.

Projektleitung Frahm antwortet, dass eine parallele Technologie durchaus möglich sei. Durch PV-Anlagen seien stationäre Speicher von Wasserstoff möglich.

KTA Hensel stellt dar, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, um umzusteigen und später Wasserstoff miteinzubeziehen. Er fragt, wann die Entscheidung zur Förderung endgültig erwartet werden könne.

Projektleitung Frahm erwidert, dass tagtäglich mit der Entscheidung und Förderzusage gerechnet würde. Im Jahr 2023 solle dann die Ausschreibung zur Förderung stattfinden, die Busse würden 2024 zum Einsatz kommen.

KTA Hensel verdeutlicht, dass diese Entscheidung eine wichtige für die Zukunft sei und jetzt getroffen werden solle.

Landrätin Schulz fügt hinzu, dass 300 km Fahrleistung dieser Busse für den Landkreis nicht so viel klingen, sie weist jedoch auf das Ladeinfrastrukturkonzept hin, welches für Lüchow-Dannenberg erstellt wird. Hierbei würden bereits von Beginn an auch Ladesäulen für Bushaltestellen mitgedacht.

Projektleitung Frahm fährt mit der Präsentation fort.

KTA Beckmann fragt, ob Fahrzeugleasing in dem Zusammenhang auch eine Option sei.

Projektleitung Frahm antwortet, dass dies in diesem Förderprogramm nicht möglich sei. Sie nehme dies mit und erkundigt sich.

KTA Goebel weist auf viele leere Busse hin, die durch den Landkreis fahren. Daher merkt er an, dass teilweise zwei kleine Busse zur Netzerweiterung sinnvoller seien als ein großer Bus.

FDL Harlfinger-Düpow erwidert, dass die Netzerweiterung eine Neuaufstellung des Haupt- und Nebenliniennetzes bedeutet, welche mit Zubringerlinien und einem On-Demand-System sinnvoll kombiniert werden solle. Dafür kämen die kleineren Fahrzeuge dann ins Spiel.

Projektleitung Frahm ergänzt, dass mit dem Projekt auch gerade Berufspendler:innen angesprochen werden sollen. Dabei sollen große Betriebe angebunden und Bedarfe geklärt werden. Dadurch würde ein wesentlicher Anstieg der Nutzung in der Bevölkerung erwartet. Damit solle der Schülerverkehr, für den große Busse benötigt würden, sinnvoll ergänzt werden durch einen Ausbau des Berufs- und Freizeitverkehrs.

KTA Carmienke erläutert, dass bereits in der Vergangenheit am Beispiel Pendlerströme nach Wolfsburg Ideen für den Berufsverkehr gescheitert seien, aufgrund fehlender Nutzung durch die Bevölkerung und Problemen bei der Taktung.

FDL Harlfinger-Düpow antwortet, dass der Ansatz im Modellprojekt sei, bedarfgerechtere Verbindungen zu schaffen. Dazu habe es bereits Gespräche mit dem Unternehmen Voelkel gegeben.

Projektleitung Frahm weist auf den nächsten Punkt hin, in dem das Projekt nochmal genauer vorgestellt würde. Sie schließt damit ab, dass es noch offen ist, ob der Förderantrag tatsächlich umgesetzt werden könne, da die Zusage noch ausstünde.

Vorsitzende Wiehler lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag beschließt folgenden Vorratsbeschluss. Bei einem positiven Zuwendungsbescheid vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMVD), übernimmt der Landkreis Lüchow-Dannenberg die erforderlichen Ausgleichszahlungen, gegenüber der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn (LSE), aufgrund der entstehenden Mehrkosten der Elektrofahrzeuge inkl. der für den Betrieb notwendigen Infrastruktur, in Bezug auf das Förderprogramm „Förderung von Bussen mit klimafreundlichen, alternativen Antrieben im Personenverkehr“. Die Eigenmittel belaufen sich, bei positiver Berücksichtigung, auf 1.228.000€ und werden durch die LSE finanziert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

7. Sachstandsbericht ÖPNV-Modellprojekt „Clever MoWe“ (mündlicher Bericht)

Projektleitung Sarah Frahm berichtet über den Sachstand anhand einer Präsentation.

KTA Carmienke fragt, ob das 365 €-Ticket nur für den Bus gilt.

FDL Harlfinger-Düpow antwortet, dass dies der Fall sei, da es mit der Bahn Schwierigkeiten durch den HVV-Tarif gäbe. Es sei angestrebt, zukünftig bis zum Bahnhof Lüneburg zu kommen.

Projektleitung Frahm fährt mit der Präsentation fort.

FDL Harlfinger-Düpow ergänzt zum Thema Mobilitätsapp, dass aus dem Projekt Mobilitätsagentur noch Restmittel hierfür zur Verfügung stünden, die dafür im ersten Step mitgenutzt würden.

KTA Klepper fragt in Bezug auf die App was mit Menschen sei, die nicht technikversiert seien.

Projektleitung Frahm antwortet, dass hierfür genug Servicemöglichkeiten vorhanden seien.

FDL Harlfinger-Düpow führt aus, dass die Fahrplanaushänge an den Haltestellen weiterhin bleiben würden, sowie der Telefon- und vor Ort Service im Pavillon am Busbahnhof erhalten bliebe.

Vorsitzende Wiehler hat eine Frage zum 9 €-Ticket auf Bundesebene. Die Frage sei, ob man eine Erstattung erhalte, falls ein günstigeres Ticket als das 365 €-Ticket kommen würde.

FDL Harlfinger-Düpow erwidert, dass dann eine Verrechnung stattfinde.

KTA Zieker möchte wissen, ob Schüler:innen, die weit genug von der Schule entfernt wohnen, automatisch das 365 €-Ticket bekämen.

FDL Harlfinger-Düpow bejaht dies.

KTA Zieker fragt, was mit Schüler:innen sei, die zum Beispiel in Lüchow wohnen, um gezielt ein Auto einzusparen und etwas für die Umwelt tun. Diese müssten dann das Ticket alleine finanzieren.

FDL Harlfinger-Düpow weist darauf hin, dass es zwei verschiedene Ticketmodelle gäbe, zum einen das 365 €-Ticket und zum anderen das Jugend- und Azubiticket. Bei diesem solle geprüft werden, ob eine Ausweitung auf alle Schüler:innen im Landkreis möglich ist.

Landrätin Schulz ergänzt hierzu, dass auch die Schüler:innen, die im Radius der Schule wohnen und keine Berechtigung für die Fahrkarte haben, ab 13 Uhr ebenfalls durch den Landkreis fahren können. Es werde aktuell geprüft, ob das Ticket für alle Schüler:innen ermöglicht werden könne. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, ob die Kosten abgedeckt werden können und es müsse verhindert werden, dass letztendlich mehr Busse eingesetzt werden müssen. Die Finanzierbarkeit werde aktuell geprüft.

KTA Allgayer-Reetze fragt, ob auch ein Familienticket geplant sei mit einer Rabattierung für Familien mit mehreren Kindern.

Projektleitung Frahm erwidert, dass dies Fragen sind, die im Projekt erarbeitet werden sollen. Familien- und Tagestickets sollen in einem neuen Tarif mitgedacht werden.

KTA Carmienke fügt hinzu, dass es die Frage sei, wie man das 365 €-Ticket bezahle und eine monatliche Bezahlung einfacher wäre.

FDL Harlfinger-Düpow antwortet, dass dies bereits festgelegt sei und das Ticket entweder in einer Überweisung oder in monatlichen Raten per Lastschrift bezahlt werden könne.

KTA Hensel weist darauf hin, dass der TOP 8.1 „Einführung eines 365 €-Tickets“ vorgezogen werden solle, weil dies bereits vorherrschendes Thema sei. Er fügt die Frage hinzu, ob es bereits Überlegungen gäbe für Familien mit mehreren Kindern, die Tickets benötigen. Zudem sei die Gestaltung der Haltestellen, vor allem in Dörfern, wichtig. Hier gäbe es die Möglichkeit, mit Schulen zu kooperieren und gemeinsam für ein attraktives Außenbild des ÖPNV zu sorgen.

Landrätin Schulz ergänzt, dass die Haltestellenpflege auch Dorfsache als Gemeinschaft sein sollte, da ÖPNV als Bestandteil unserer Daseinsvorsorge gesehen werden solle und die Pflege auch soziale Teilhabe bedeute und man anregen solle, gemeinsam für eine attraktive Gestaltung der Haltestellen sorgen solle.

KTA Tzeutschler möchte in Bezug auf die Verhandlungen zu den Schülerverkehren zwischen Clenze und dem Landkreis Uelzen wissen, ob diese nun mit der Einführung des 365 €-Tickets gelöst seien.

Landrätin Schulz antwortet, dass dies bisher nicht gelöst sei. Der Uelzener Tarif gelte bis nach Lüchow, jedoch sei es umgekehrt nicht der Fall.

FDL Harlfinger-Düpow ergänzt, dass die Schülerbeförderung zur KGS Clenze eingestellt worden sei und die Kinder teilweise in Varbitz einsteigen. Dort können sie das 360 €-Ticket nutzen. Zudem sei ein Antrag bei dem Landkreis Uelzen eingereicht worden, der die Prüfung mehrerer möglicher Beförderungsvarianten durch die VNO beantragt. Bis Varbitz sei die Nutzung des Tickets möglich.

KTA Allgayer-Reetze gibt einen Hinweis zu den Fahrplänen an den Haltestellen. Diese seien sehr klein gedruckt und daher für ältere Menschen nicht lesbar

FDL Harlfinger-Düpow erwidert, dass die Fahrpläne in dieser Form nicht mehr erstellt werden sollen. Mit den neu entwickelten Plänen sei die Lesbarkeit gewährleistet.

Projektleitung Frahm fährt mit dem Bericht zu den Plänen im Projekt für den Winter fort.

KTA Carmienke erläutert, dass das 365 €-Ticket gut sei, jedoch die Priorität auf die Taktung gelegt werden müsse und diese aktuell unattraktiv sei. Es müsse zudem der Fokus auf abgelegenere Bahnhöfe, wie Wittenberge gelegt werden. Zudem fragt er, wann die Fertigstellung der App geplant sei.

Projektleitung Frahm antwortet, dass ein erster Aufschlag Ende diesen Jahres geplant sei.

KTA Flöter gibt den Hinweis auf Touristen, die mit Fahrrädern die Möglichkeit haben sollten, unkompliziert von A nach B zu kommen.

KTA Hensel fügt hinzu, dass eine kostengünstigere Nutzung des ÖPNV für Touristen wichtig sei.

Landrätin Schulz verlässt die Sitzung um 16:28 Uhr.

Vorsitzende Wiehler fasst zusammen, dass es wichtig sei, die Bürger:innen für Ticketideen miteinzubinden. Es solle herausgefunden werden, unter welchen Voraussetzungen der Bus benutzt werden würde. Dies sei eine Idee für die nächste Sitzung, für die im Vorfeld von jedem Mitglied eine eigene Stellungnahme, unter welchen Voraussetzungen sie den Bus nehmen würden, eingebracht werden können.

Projektleitung Frahm weist in dem Zusammenhang auf die nächste größere Bürgerbefragung hin, die im Oktober stattfinden wird. Dort werden Bedarfe für die ÖPNV-Nutzung ebenfalls abgefragt.

FDL Harlfinger-Düpow weist auf die bereits stattgefundene Umfrage hin und die geplanten fortlaufenden Aktionen zur Bürgerbeteiligung.

Vorsitzende Wiehler sieht hiermit den TOP 8.1 als ebenfalls erledigt und vorgezogen an.

Kenntnis genommen

8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

KBDin Stellmann berichtet über die Neuerungen im Organigramm des Landkreises. So heißt der Fachdienst Mobilität ab 1.9. Fachdienst Klimaschutz & Mobilität mit der Fachdienstleiterin Mareike Harlfinger-Düpow. Damit entfällt die Stabsstelle Klimaschutz, welche jetzt im neuen Fachdienst aufgeht. Das neue Dezernat heißt nun: Bauen, Umwelt, Klimaschutz und Mobilität.

Anfragen:

KTA Klepper merkt an, dass er sich einen Austausch mit der neuen Radverkehrskoordinatorin des Fachdienstes Mobilität wünsche. Zweitens hat er eine Anmerkung zu den leeren großen Bussen, die durch den Landkreis fahren, im Zusammenhang mit den geplanten Mobilitätsstationen.

FDL Harlfinger-Düpow weist auf das Projekt hin, in welchem diese Themen stetig bearbeitet werden. Aufgrund des Personalproblems im Modellprojekt konnte erst später mit der Arbeit begonnen werden und seit August so richtig gearbeitet werden. In Zukunft seien sichtbare Fortschritte nun durch das eingestellte Personal gesichert.

8.1. Einführung eines 365-Euro-Tickets 2022/282

TOP 8.1 wurde bereits in TOP 7 behandelt.

Kenntnis genommen

8.2. Vorsorgliche Mitteilung über überplanmäßige Aufwendungen im ÖPNV

FDL Harlfinger-Düpow berichtet zu den prognostizierten Mehraufwendungen im ÖPNV.

KTA Hensel ergänzt, dass er auf eine Ausgleichszahlung durch den Bund für Verkehrsunternehmen hoffe.

FDL Harlfinger-Düpow weist auf die größten Preissteigerungen bei der LSE hin, die auf dem ausgehändigten Blatt aufgelistet sind.

Kenntnis genommen

8.3. Auftragsvergabe eines Leasingrahmenvertrags auf Basis des TV Radleasing 2022/300

Frau Dittmer berichtet über den aktuellen Stand zum Radleasing.

Hierzu gibt es keine weiteren Einwände.

Kenntnis genommen

8.4.	**Anfrage des KTA Beckmann vom 30.06.2022: Sperrung des Radweges auf dem Deich zwischen Landsatz und Jasebeck**	2022/312

KTA Beckmann wünscht zu der Anfrage eine Präsentation zu halten.

Vorsitzende Wiehler schlägt aufgrund des Zeitproblems vor, die anderen Anfragen vorzuziehen.

8.5.	**Anfrage der Fraktion Bündnis90/die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.08.2022: Elberadweg Hitzacker-Wussegel**	2022/318

Vorsitzende Wiehler erläutert das beschriebene Problem. Sie bittet um erneute verschärfte Prüfung der Sachlage.

Kenntnis genommen

8.6.	**Anfrage der Fraktion Bündnis90/die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.08.2022: Energieeinsparmaßnahmen**	2022/319

KBDin Stellmann stellt den Sachverhalt zur Anfrage vor.
Es gäbe erste Entwürfe des Gebäudemanagements, wo die geplanten Maßnahmen definiert seien. Aufgrund der neuen Verordnung zur Energieversorgung ab 1. September fand jedoch noch keine Umsetzung statt. An diesen vorgegebenen Maßnahmen würde sich zunächst orientiert werden. Die Maßnahmen liegen dem Protokoll bei. Eine weitere Verordnung sei im nächsten Jahr in Planung. Es würde diskutiert werden, ob über die vorgegebenen Maßnahmen hinaus weitere umgesetzt werden sollen.

Kenntnis genommen

KTA Beckmann stellt zu TOP 8.4. im Anschluss an TOP 8.6 den Sachverhalt mit einem Vortrag vor.

KBDin Stellmann berichtet über den aktuellen Sachstand zu der Vorlage. Es könne ein qualifizierter Baumgutachter hinzugezogen werden, was nun bereits seitens des Kreisverbandes der Wasser- und Bodenverbände getan wurde.

FDL Rzepa nimmt zu dem Fall nochmal Stellung und versichert, dass es so kein sicherer Radweg sei und eine Gefahr bestehe. Aufgrund der Haftung sei eine Sperrung notwendig.

Kenntnis genommen

Der nicht-öffentliche Teil der Sitzung entfällt.

Vorsitzende Wiehler schließt die Sitzung um 16:59 Uhr.

gez. Wiehler	gez. Weidner
_____	_____
Vorsitzende	Protokollführung